

Jahresbericht 2006

80 Jahre SVSP

1926 – 2006

Inhalt

A. Vorwort des Präsidenten	2
Sozialstaat und wirtschaftliche Effizienz: ein Widerspruch?	2
Vorstand	3
Geschäftsstelle	3
B. 80 Jahre SVSP – Eine Art Lebenslauf und ein Spiegel der sozialpolitischen Entwicklung der Schweiz.....	4
Schwerpunktt Themen in Publikationen und Tagungen (eine Auswahl)	4
Neuere Publikationen unter dem Patronat der SVSP	5
Eine Präsidentin, neun Präsidenten	5
C. Die neue soziale Frage.....	6
1. Die Wohlstandsverteilung als neue soziale Frage (Erwin Carigiet)	6
2. Ein kritischer oder sogar selbstkritischer Blick zurück – ein Plädoyer, die Welt zu sehen, wie sie ist (Jean-Pierre Fragnière)	9
D. Welfare state and efficiency: a contradiction? (Peter H. Lindert)	11
E. Aktivitäten der SVSP im Jahr 2006	12
1. Veranstaltungen	12
2. Buchpublikation	15
3. Weitere Aktivitäten	16

A. Vorwort des Präsidenten

Sozialstaat und wirtschaftliche Effizienz: ein Widerspruch?

Liebe Mitglieder

Ich habe mich sehr gefreut, mit Ihnen im vergangenen Jahr den 80. Geburtstag der Schweizerischen Vereinigung für Sozialpolitik (SVSP) feiern zu dürfen. Die Formen der sozialen Sicherheit haben sich in den letzten Jahrzehnten verändert, die Themen sind aber die gleichen geblieben, wie sie dem in diesem Jahresbericht enthaltenen Lebenslauf unserer Vereinigung entnehmen können. Im Gründungsjahr 1926 beschäftigten die SVSP beispielsweise die sozialen Probleme der Rationalisierung. Es darf angenommen werden, dass sich die Jubilarin noch lange nicht zur Ruhe legen kann. Im Gegenteil, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit sind auch in der Gegenwart weder unbestritten noch eine Selbstverständlichkeit.

Im Jubiläumsjahr lag ein wichtiger Schwerpunkt der Aktivitäten der SVSP auf dem (vermeintlichen) Spannungsfeld zwischen Sozialstaat und wirtschaftlicher Effizienz. Auch in der Schweiz wird der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Ausgaben für die soziale Sicherheit seit Jahren diskutiert – oft unter ideologisch gefärbten Vorzeichen. Die Jubiläumsveranstaltung vom 28. August 2006 in Bern hat einen Beitrag mit wissenschaftlichem Hintergrund zu dieser Diskussion geliefert: Der eingeladene amerikanische Wirtschaftshistoriker Peter H. Lindert hat sich bei seiner Forschungstätigkeit mit dieser Frage gründlich auseinandergesetzt. Er hat in seine Untersuchungen auch den schweizerischen Sozialstaat einbezogen.

Um die komplexen Vorgänge zu verstehen, ist eine globale, längere Zeiträume umfassende Sichtweise notwendig. Peter H. Lindert hat Statistiken aus mehr als 20 OECD-Ländern seit den siebziger Jahren analysiert und wirtschaftshistorische Vergleiche über zwei Jahrhunderte Sozialpolitik angestellt.

Seine Arbeit führt ihn zum Schluss: Soziale Sicherheit und Umverteilung müssen dem Wirtschaftswachstum nicht schaden. Peter H. Lindert macht eine erstaunliche Rechnung auf: Breit abgestützte Sozialstaaten wie jene Europas sind keine Bremse für das ökonomische Wachstum oder die Produktivität der Volkswirtschaften.

Gemäss dem Vergleich der volkswirtschaftlichen Statistiken von Ländern mit starken Sozialstaatsprogrammen und solchen mit geringen Sozialleistungen (meist werden skandinavische Länder den USA gegenüber gestellt) wird das Wirtschaftswachstum von diesen zwei Grundhaltungen nicht wesentlich beeinflusst: Es gibt wirtschaftlich erfolgreiche Sozialstaaten und Staaten ohne ausgebaute soziale Sicherheit, die wirtschaftlich erfolglos sind – und dasselbe gilt umgekehrt.

Das Abstract des Referats von Peter H. Lindert findet sich im hinteren Teil dieses Jahresberichts. Das ganze Referat samt Präsentations-Folien kann unter www.svsp.ch heruntergeladen oder bei der Geschäftsstelle in Bern bezogen werden.

Vorstand

Der Vorstand des SVSP ist ehrenamtlich tätig. Mit grossen Einsatz und viel Idealismus setzen sich die Vorstandsmitglieder ein, dass jährlich ein anregendes und vielfältiges Programm angeboten werden kann. Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen herzlich dafür.

Name/Vorname	Funktion und Tätigkeit
Bonvin Jean-Michel, Dr.	Professor, HES-SO, Ecole d'études sociales et pédagogiques, Lausanne
Carigiet Erwin, Dr. iur. (Präsident)	Departementssekretär, Gesundheits- und Umweltdepartement der Stadt Zürich, Zürich
Dummermuth Andreas, lic. iur	Direktor, Ausgleichskasse Nidwalden, Stans
Fragnière Jean-Pierre, Dr. (Vize-Präsident)	Professor, Université de Genève, Professor und wissenschaftlicher Direktor INAG
Kaegi Urs, lic. phil I	Professor, Fachhochschule Nordwestschweiz, Leiter, Institut Sozialplanung und Stadtentwicklung, Basel
Latzel Günther, Dr.rer.publ.	Brains wissenschaftliche Beratung, Zürich
Meschberger-Weiss Regula, lic. iur.	Mitglied der Schulleitung Primarschule Birsfelden, Landrätin Kanton Baselland
Nova Colette, lic. iur	Geschäftsleitende Sekretärin, Schweiz. Gewerkschaftsbund, Bern
Ryser Simon, Dr. iur.	Vertreter AGILE
Schiavi Rita	Mitglied der Geschäftsleitung Unia, Basel
Zogg Claudio, lic.iur.	Stellvertretender Direktor, Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV, Zürich

Geschäftsstelle

Nicht zuletzt dank der Professionalität der Mitarbeitenden der Geschäftsstelle konnten die für 2006 gesetzten Ziele erreicht werden. Ich danke den Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle für das begeisterte Engagement und freudige Mitwirken.

Name/Vorname	Funktion bei der SVSP
Knupfer Caroline, lic. ès sciences sociales	Geschäftsführerin
Lazecki-Werlen Andrea	Buchhaltung und Mitgliederverwaltung
Zwygart Denise	Stellvertretende Geschäftsführerin, Sekretariat

Ich freue mich auf die neuen Herausforderungen im 2007.

In Verbundenheit, Erwin Carigiet, Präsident

B. 80 Jahre SVSP - Eine Art Lebenslauf und ein Spiegel der sozialpolitischen Entwicklung der Schweiz

Die SVSP hat in ihrer 80-jährigen Tätigkeit die massgeblichen Schwerpunktthemen zur Sozialpolitik und zur sozialen Sicherheit in Publikationen und Tagungen bearbeitet. Eine Zusammenstellung wichtiger derartiger Themen bildet im Folgenden eine Art von Lebenslauf der Vereinigung und damit erhalten wir auch einen Spiegel der sozialpolitischen Entwicklung der Schweiz.

1926 schlossen sich die Schweizerische Vereinigung zur Förderung des internationalen Arbeiterschutzes und der Schweizerische Verein für Sozialversicherung zur Schweizerischen Vereinigung für Sozialpolitik zusammen.

Die Vereinigung verpflichtete sich damals im Zweckartikel ihrer Statuten, "den Gedanken der fortschrittlichen Sozialpolitik in weitere Kreise zu tragen und an dessen Förderung auf nationalem und internationalem Boden mitzuarbeiten."

Schwerpunktthemen in Publikationen und Tagungen (eine Auswahl)

- 1926 Die sozialen Probleme der Rationalisierung
- 1927 Grundsätze der Arbeitslosenversicherung in der Schweiz
- 1928 Erster internationaler Kongress für soziale Arbeit
- 1929 Mutterschaftsversicherung in der Schweiz auf dem Weg der Bundesgesetzgebung

- 1931 Der wirtschaftliche Schutz der Familie
- 1932 Die Schulentlassenen im Erwerbsleben
- 1935 Vorentwurf zum Bundesgesetz über die Arbeit im Handel und in den Gewerben
- 1936 Schutz der Heimarbeiter

- 1943 Richtlinien für die Schaffung einer Eidg. Altersversicherung
- 1945 Landwirtschaftliche Sozialpolitik
- 1946 Ausbau des Rechts auf Gesamtarbeitsverträge
- 1947 Autonome Gemeinschaften in Beruf und Betrieb

- 1954 Abzahlungsgeschäft und Kleinkredit
- 1956 Die wirtschaftliche Seite der Automation
- 1958 Jugend von heute – Gesellschaft von morgen
- 1959 Was bedeutet sozialer Fortschritt heute?

- 1960 Die Europäische Integration – Rückwirkungen auf die schweizerische Sozialpolitik
- 1961 Probleme der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer
- 1962 Die AHV als Basis- oder existenzsichernde Versicherung
- 1963 Der Existenzbedarf der armen Leute
- 1964 Die berufliche Ausbildung als Mittel des sozialen Fortschritts
- 1965 Die Revision des Dienstvertragsrechts
- 1966 Die Jugend im gesellschaftlichen Leben

- 1980 Die Zukunft der Arbeit
- 1981 Probleme beim Vollzug der Sozialversicherungen
- 1982 Aufgabenteilung und Sozialpolitik
- 1983 Eine ökologische Sozialpolitik
- 1984 Perspektiven der Sozialpolitik 2000
- 1985 Wie sichern wir die AHV-Renten von morgen?

- 1986 Sozialpolitische Auswirkungen des BVG
- 1987 Revision des Ergänzungsleistungsgesetzes
- 1988 Die Qualität von Heimen
- 1989 Europa und die schweizerische Sozialpolitik

- 1990 Zusammenarbeit zwischen stationären und ambulanten Diensten im Sozialwesen
- 1991 Ziele und Massnahmen einer schweizerischen Bevölkerungspolitik
- 1992 Sozialpolitische Fragen der Konsum-Kredit-Gesetzgebung
- 1993 Der Pflegenotstand – Lösungsvorschläge aus sozialpolitischer Sicht
- 1994 Langzeitarbeitslosigkeit – verdrängte Probleme
- 1995 Verfassungsrevision und Sozialrechte
- 1996 Die Drei-Säulen-Konzeption und die soziale Sicherheit
- 1997 Mehr Föderalismus – weniger soziale Sicherheit?
- 1998 New Public Management – eine Perspektive für den Sozialstaat?
- 1999 Welche soziale Sicherheit braucht die Schweiz?

- 2000 Hat das Drei-Säulen-Konzept eine Zukunft?
- 2001 Umverteilung von unten nach oben? Die Zukunft des Schweizer Steuersystems
- 2002 Working poor – Wege aus der Sozialhilfe
- 2003 Persönliche Assistenz in der Praxis
- 2004 Leben und Krankheit im Alter
- 2005 Soziale Stadt – gesunde Stadt
- 2006 Sozialstaat und wirtschaftliche Effizienz – ein Widerspruch?

Neuere Publikationen unter dem Patronat der SVSP

- 1999 Teilen statt umverteilen, Sozialpolitik im kommunitarischen Wohlfahrtsstaat, Antonin Wagner
- 2001 Hat das Drei-Säulen-Konzept eine Zukunft? Le concept des trois piliers a-t-il un avenir?, Erwin Carigiet, Jean-Pierre Fragnière (Éds)
- 2002 Dictionnaire suisse de politique sociale (2e édition, revue et augmentée), Jean-Pierre Fragnière, Roger Girod (Éds)
- 2003 Wörterbuch der Sozialpolitik, Erwin Carigiet, Ueli Mäder, Jean-Michel Bonvin (Hrsg.)
- 2006 Wohlstand durch Gerechtigkeit – Deutschland und die Schweiz im sozialpolitischen Vergleich, Erwin Carigiet, Ueli Mäder, Michael Opielka, Frank Schulz-Nieswandt (Hrsg.)

Eine Präsidentin, neun Präsidenten

- 1926 - 1929 Gustav Keller, Ständerat, Winterthur
- 1929 - 1941 Robert Schöpfer, Ständerat, Solothurn
- 1942 - 1954 Urs Dietschi, Regierungsrat, Solothurn
- 1955 - 1961 Hans-Peter Tschudi, Ständerat, Basel
- 1961 - 1970 Alexandre Berenstein, Bundesrichter, Genève
- 1970 - 1976 Helene Thalmann-Antenen, Fürsprecherin, Bern
- 1977 - 1986 Bernardo Zanetti, Professor für Arbeitsrecht, Bern
- 1986 - 1992 Denis Clerc, Regierungsrat, Fribourg
- 1992 - 2001 Antonin Wagner, Rektor der Hochschule für Soziale Arbeit, Zürich
- Seit 2001 Erwin Carigiet, Departementssekretär Gesundheits- und Umweltdepartement, Zürich

C. Die neue soziale Frage

Ver mehrt wird in der Gegenwart wieder gefordert, dem verschärften Wettbewerb der fortschreitenden Globalisierung habe sich – gleichsam einem Naturgesetz folgend – alles unterzuordnen. Bereits zur Zeit der Rezession Mitte der Siebzigerjahre wurde ähnlich argumentiert. Altbundesrat Hans Peter Tschudi, Präsident der SVSP von 1955 bis 1961 hat sich dazu wie folgt geäußert:

"Die aus der Anfangszeit der Sozialversicherung bekannten Einwände wurden als neue Erkenntnisse aufgetischt: Die Soziallasten seien für die Wirtschaft zu schwer und führten deshalb zu einer Vernichtung von Arbeitsplätzen. Das Versicherungsprinzip wurde von einem Teil der Arbeitgeber und von gewissen Ökonomen nicht mehr als Form der Selbsthilfe anerkannt, sondern als «Giesskannenprinzip» verunglimpft. Fürsorge für die Ärmsten wurde – entsprechend den Verhältnissen im 19. Jahrhundert – als Lösung der sozialen Frage empfohlen. Wenn auch diese extremen Einwände sich nicht durchzusetzen vermochten, so hatte doch die Parole eines «Marschhaltes» nach der langen Expansionsperiode ein ziemlich starkes Echo."¹

Die soziale Frage stellt sich immer wieder neu. Im Jubiläumsjahr haben sich der Präsident und der Vizepräsident der SVSP aus verschiedenen Blickwinkeln dieser Frage angenommen.

1. Die Wohlstandsverteilung als neue soziale Frage

Die soziale Frage des 19. Jahrhunderts hat zur Schaffung der Sozialversicherungen und im 20. Jahrhundert zum Sozialstaat geführt. Wirtschaftliches Wachstum und der Sozialstaat haben in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg in der Schweiz zu einer *Ausbreitung des Wohlstandes* und *zur Lösung von wesentlichen Fragen der materiellen Existenz* beigetragen. Nie zuvor in der Geschichte konnten alle Schichten der Gesellschaft von einem derart hohen materiellen Lebensniveau profitieren.

Die alte Regel des Wohlfahrtsstaates, wonach es allen immer besser geht, gilt nun aber seit Anfang der Neunzigerjahre nicht mehr. Der Sozialstaat konnte und kann seither nicht mehr verhindern, dass

- der Abstand zwischen Reich und Arm „unaufhaltsam“ wächst,
- ein wachsender Anteil der Bevölkerung ständig von Armut bedroht ist (Frage der Prekarität) und
- der Mittelstand sich neu zusehends der Vorhersehbarkeit und Sicherheit seiner materiellen Existenz beraubt sieht.

Die soziale Frage stellt sich neu. Die soziale Frage des 21. Jahrhunderts stellt sich trotz eines gut ausgebauten Sozialstaates. Der Sozialstaat der Gegenwart basiert auf der Erwerbsarbeit. Es wird davon ausgegangen, dass jeder Erwachsene den Unterhalt für sich und seine Familie mit Arbeit verdienen kann. Die Sozialversicherungen werden weitgehend aus Lohnprozenten gespeisen. Die soziale Sicherheit ist somit untrennbar mit Erwerbsarbeit verbunden. Wer keine Erwerbsarbeit und damit keinen Lohn hat, kann auch die individuellen Konti seiner Sozialversicherungen nicht mehr genügend speisen.

¹ Hans Peter Tschudi, Entstehung und Entwicklung der schweizerischen Sozialversicherungen, Basel: Helbing & Lichtenhahn 1989, Seite 38.

Der Verweis auf Arbeit setzt Arbeit voraus. Die Zunahme von Personen ohne oder mit ungenügender Erwerbsarbeit, der die Gegenwart prägt, stellt den Sozialstaat nun in Frage. Die *Fähigkeit zur Existenzsicherung* und die *Vorsorgefähigkeit, also die Fähigkeit, für gewisse in der Zukunft liegende Risiken selber vorzusorgen*, sind insbesondere für Menschen mit niedrigen oder ohne Einkommen heutzutage kaum mehr gegeben. Für diese Menschen ist es schwierig, ihre Eigenverantwortung mit Erfolg wahrzunehmen.

Trotzdem – oder gerade erst recht – werden die Werte der Arbeitsgesellschaft jetzt, wo Erwerbsarbeit zu einem knappen und damit hart umkämpften Gut wird, deutlicher als auch schon betont. Arbeit zu haben ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Arbeit entwickelt sich für viele von einer Last und Mühsal zu einem Privileg.

Die Auswirkungen des *wirtschaftlichen Wachstums* stellen sich gleichzeitig auf eine neue Weise dar. Die Produktivität hat in den letzten Jahrzehnten zugenommen wie noch selten in der Geschichte. Zwei Aspekte können beobachtet werden:

- Wachstum ist nicht mehr zwangsläufig mit einer Zunahme der Arbeitsplätze verbunden. Im Gegenteil: oft findet ein Wachstum ohne Zunahme oder sogar verbunden mit einem Abbau von Arbeitsplätzen statt.
- Produktivitätssteigerungen bewirken nicht mehr quasi automatisch eine Zunahme der Lohnsumme.²

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realitäten haben sich also stark verändert und dieser Prozess geht trotz aktueller Hochkonjunktur weiter. Er bewirkt im Resultat schleichend eine Zweiteilung der Gesellschaft. Die Wahrnehmung und die Bewältigung dieser Veränderungen erfolgt nur verzögert.

Die *Frage der Wohlstandsverteilung*, also die Frage, wie die Früchte des wirtschaftlichen Erfolgs verteilt werden, wird in den letzten Jahren zunehmend mit dem Verweis auf die „Logik des Marktes“ in den Hintergrund gedrängt und der Vorgang des Umverteilens in der aktuellen öffentlichen Debatte oft einseitig als „Weg-Nehmen“ dargestellt. Die Begriffe „Verteilung/Umverteilung“ sind zu eigentlich tabuisierten Unwörtern geworden. Wer sie verwendet, wird, da angeblich des ökonomischen Sachverstandes entbehrend, nicht mehr ernst genommen. Es ist eine Ökonomisierung des Denkens zu beobachten.

Die klassische Frage des Sozialstaats:

- *Wer bekommt was, wie und warum – und auf welche Weise wird es finanziert?*

wird zunehmend

- im Lichte von Leistung und Vorleistung oder
- in der Polarisierung, z.B. von Invaliden und Scheininvaliden oder von „echten“ und „unechten“ Armen

diskutiert.

² Beispiel: Die amerikanische Wirtschaft wuchs seit 2001 im Durchschnitt jährlich um 3%. Gleichzeitig nahm die Produktivität um 11,6% überproportional zu. Bemerkenswert ist, dass dies keinen Druck für höhere Löhne zur Folge hatte und dass die Lohnsumme sich in der ganzen Periode sogar um 6,2% verschlechterten. Bis jetzt galt die Theorie, wonach verbesserte Produktivität immer auch höhere Einkommen bewirkte (NZZ 25./26.02.2006: 23 und 30 „Reflexe: Rätselhaftes Auseinanderdriften von Produktivität und Löhnen“).

Die in diesem Zusammenhang oft zitierte Leistung hat jedenfalls nicht allein mit Verdienst, sondern oft ebenso mit *Macht* zu tun. Verdrängt die Ökonomisierung des Denkens die Frage der Macht? Macht wird als Möglichkeit verstanden, sich Einfluss und Mittel zu verschaffen und zu behalten: In der Gesellschaft. Im Arbeitsmarkt. Leistungsfähigkeit im ökonomischen Sinne als einzigen Maßstab für die Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen hinzuzuziehen, überzeugt nicht. Macht findet ihr Gegenstück in der Ohnmacht: Was an Ohnmacht und Demütigung verursachen wir z.B. bei jenen, die der Arbeitsmarkt „nicht will“? Bei den Jungen, den Menschen aus anderen Kulturkreisen und den älteren Arbeitnehmenden?

Die neue soziale Frage zeichnet sich bereits eindeutig ab. Es geht um Ausschluss oder Einschluss in die (Arbeits)Gesellschaft. Dabei darf die derzeit offiziell tiefe Arbeitslosenquote nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zahl Unterbeschäftigter oder in prekären Arbeitsverhältnissen Tätiger stark im Zunehmen ist. Prekär sind unsichere und schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse mit oft minimaler sozialer Sicherung. Eine Arbeit zu finden, in die Gesellschaft eingebunden, akzeptiert und geschätzt zu sein, ist nicht nur von ökonomischen Fakten abhängig. Ausbildung, Alter, Geschlecht, Nationalität, Religion usw. entscheiden ebenso über den Zugang zum Arbeitsmarkt und zur sozialen Sicherung.

Zu den Lösungen

Die neue soziale Frage ruft nach Lösungen, die der Aussonderung wachsender Bevölkerungskreise entgegenwirken. *Sozialhilfe – und erst noch solche in zurück gebauter Form – ist kein nachhaltiger Ansatz für die Lösung struktureller Probleme.* Eine Beschränkung des Sozialstaats auf die Existenzsicherung genügt nicht.

Individuelle und gesellschaftliche Identität und Wertschätzung werden in der Zukunft nicht mehr allein über bezahlte Erwerbsarbeit erreichbar sein. Dies ist übrigens gar nicht so neu für die Menschheit. Der Wert der Erwerbsarbeit im heutigen Sinn begann sich erst nach der Reformation herauszubilden. Und noch lange war es ein Statussymbol der gesellschaftlichen Elite, nicht einer Erwerbsarbeit nachgehen zu müssen: „Sit dr öpper oder ziet dir Lohn?“. Der grundsätzliche Wert der Arbeit, unabhängig davon, ob sie bezahlt oder unbezahlt ist, muss im Blick auf die Zukunft neu diskutiert werden. Es wird kaum zu umgehen sein, dass *Soziale Sicherheit künftig wenigstens teilweise von der Erwerbsarbeit entkoppelt wird.*

In einer Volkswirtschaft mit abnehmender Möglichkeit von bezahlter Erwerbsarbeit könnte die Schaffung eines bedingungslosen *Grundeinkommens* durchaus ein Lösungsweg für die Bewältigung der neuen Herausforderungen der Existenzsicherung darstellen. Allerdings ist er für viele Menschen noch undenkbar. Nicht zuletzt aus finanzpolitischen Gründen. Gerade dieser Punkt müsste aber in Modellszenarien genau angeschaut werden. Es ist wahrscheinlich, dass so bei den bestehenden Sozialversicherungen, deren Aufgaben zu einem grossen Teil wegfallen würden, erhebliche Einsparungen möglich wären. Für die Schweiz könnte der Weg dagegen über *Ergänzungen der bestehenden Teil-Systeme* der sozialen Sicherheit wie zum Beispiel

- Ergänzungsleistungen für Familien,
- Zusatzleistungen für ältere Langzeitarbeitslose,
- spezielle Programme für Jugendliche usw.

geeigneter sein. Darüber muss endlich eine sozialpolitische Debatte geführt werden. Wie auch immer die Lösungen aussehen, dem sich anbahnenden Ausschlussprozess muss wirksam begegnet werden:

„Nur eine mehrheitlich als sozial gerecht empfundene Gesellschaft wird auf Dauer das notwendige Potenzial zur friedlichen Konfliktregelung und gewaltlosen Streitschlichtung zur Verfügung stellen können und die Integrationskraft aufweisen, die gerade moderne Gesellschaften in besonderem Masse benötigen.“

(Imbusch, Peter (2006). *Sozialpolitik und Friedenspolitik, Befunde, Herausforderungen, Perspektiven*, in: *Wohlstand durch Gerechtigkeit, Deutschland und die Schweiz im sozialpolitischen Vergleich*, hrsg. von Erwin Carigiet, Ueli Mäder, Michael Opielka, Frank Schulz-Nieswandt. Zürich: Rotpunktverlag, S. 397)

Oder wie es in der Romandie formuliert worden ist:

„L'exclusion heurte l'idéal démocratique, emblème de la modernité, parce que les exclus ne sont pas simplement démunis, mais mis à l'écart. Et puis, l'exclusion désigne un phénomène sans lui donner un sens.“

(Rossini, Stéphane, Brigitte Favre-Baudraz (2004). *Les oubliés de la protection sociale*. Lausanne: Réalités sociales: S. 112 f.)

Erwin Carigiet, Präsident

2. Ein kritischer oder sogar selbstkritischer Blick zurück – ein Plädoyer, die Welt zu sehen, wie sie ist

2.1. Unsere Erfolge sehen anstatt über die Kosten zu jammern

Die im Sozial- und Gesundheitswesen erzielten Erfolge sind bekannt und sichtbar. Hier ein paar Beispiele:

- Wir leben länger bei guter Gesundheit.
- Menschen mit Behinderungen haben anständigere Lebensbedingungen, bisweilen eine angemessene Ausbildung erhalten und ihre Lebenserwartung ist länger, manchmal doppelt so lang geworden.
- Es wurden Mittel für jene bereitgestellt, die sonst vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen und in Randständigkeit verbleiben würden.
- Der Status der «Frauen» und ihr Zugang zur Bildung sind besser geworden (von Lohngleichheit oder genügenden Betreuungsstrukturen für Kleinkinder abgesehen).

All dies sind Fortschritte, die ihren Preis haben. Wer möchte deswegen zurückkriechen? Es sind neue Situationen, neue Verantwortungen entstanden. Diesen müssen wir uns stellen. Doch die Realität muss zuerst überhaupt er- und anerkannt werden.

2.2. Auch die Fehler und die Blindheiten sehen

Wir haben Privilegien geschaffen.

Die herkömmlichen Sozialversicherungen schützen vor allem die Einkommen über dem Existenzminimum oder jene des Mittelstandes. Diese Gruppen beherrschen das öffentliche Leben und können ihre Standpunkte und ihre Interessen in der Öffentlichkeit durchsetzen.

Das ist der „Matthäus-Effekt“ (Herman Deleeck) laut den Bibelworten:

«Dem, der da hat, dem wird gegeben werden, und er wird die Fülle haben; wer aber nicht hat, dem wird auch, was er nicht hat, genommen werden.» Matthäus 25, 29.

Wir müssen zugeben, dass sich auf weltweiter Ebene die soziale Sicherheit hauptsächlich in den sogenannten «Sozialversicherungen» verwirklicht hat, die nicht mehr und nicht weniger als ein Privileg für den Teil der Bevölkerung ist, der im modernen und industrialisierten Sektor der Wirtschaft eine Stelle gefunden hat.

Wir vergessen allzu leicht, uns gewisse „störende“ Realitäten in Erinnerung zu rufen.

So haben die Unternehmen – ohne Gewissensbisse – die soziale Sicherheit dafür benützt, ältere, weniger leistungsfähige und teurere Arbeitskräfte durch jüngere, leistungsfähigere und billigere zu ersetzen. Die Produktivitätssteigerung wurde damit teilweise auf dem Buckel der sozialen Sicherheit erzielt.

Wir sind dem Wahn der «zielgerichteten» Leistungen erlegen.

Aber wir haben dabei eine bewiesene Realität vergessen: Eine spezifisch auf die ärmsten Bevölkerungsgruppen ausgerichtete Politik führt oft dazu, dass gerade diesen der Zugang zur sozialen Sicherheit erschwert wird.

Mehrere vergleichende Studien haben nachgewiesen, dass der selektive soziale Schutz als Mittel zur Armutsbekämpfung die Tendenz hat, rasch zu verkommen oder nie richtig entwickelt zu werden, weil er nur schwach legitimiert ist und die Bezüger potenziell (des Missbrauchs, des Müssiggangs, Ergänzung durch Übersetzer) verdächtigt: «Programs for the poor become poor programs».

Wir haben uns (zu) oft auf die Vorschläge des „Zuwartens“ eingelassen.

Doch wer kann den Veränderungen der Lebensweisen ein Moratorium aufzwingen? Wer kann die Kosten eines solchen Moratoriums angeben? Oder am Beispiel der zehnten AHV-Revision: Wie viele zusätzliche Arme (ältere Frauen) mehr haben wir aufgrund unseres langen Zuwartens geschaffen?

2.3. Die Türen zur Zukunft öffnen

Die Risiken abwägen

Wir stehen heute einer Situation gegenüber, die sehr rasch zu einem Bruch mit der Vergangenheit und zu einem bedeutend niedrigeren Grad des sozialen Schutzes sowohl in Europa als auch überall sonst auf der Welt führen könnte. Diese Gefahr ist unmittelbar und langfristig real. Die Kritiker des Sozialstaates haben in ihrer Berechnung der wirtschaftlichen Rentabilität der Sozialpolitik nur einen Faktor vergessen: den Preis des Bürgerkrieges. Ihre Haltung ist in Tat und Wahrheit so alt wie die Erniedrigung der Menschen. Ihr Grundsatz ist nicht Menschenwürde, sondern Armenpflege, nicht Solidarität, sondern Volksküche. Ich erfinde nichts, ich erinnere nur an eine zu rasch in Vergessenheit geratende Vergangenheit.

Die Fragilität der «sozialen Errungenschaften»

Denken wir über die folgenden Worte nach, die unser Handeln anleiten sollten: «Die Bewegung, die der bis anhin bekannten Geschichte ihren Rhythmus verleiht, beruht auf dem Umgang mit Ungleichheit und nicht auf deren Abschaffung».

G. Balandier

2.4. Die ethische Dimension

Geben wir offen zu, dass Sozialpolitik auf Werten gründet.

Leider scheint heute die Vorstellung, «genug» zu haben, der menschlichen Natur zu widersprechen. Sobald der Mensch zu zählen beginnt, verlangt er mehr. Der Begriff **ausreichend** ist eben vielleicht kein wirtschaftlicher, sondern ein kultureller und existentieller Begriff.

Vergessen wir nicht, dass der Mensch allzu oft nur ein Mittel ist, ein Instrument, das benützt wird für ein reibungsloseres Funktionieren des Systems. Und dieses System privilegiert arrogant eine Minderheit, die sich schamlos als Motor des kollektiven Glücks hinstellt.

Nennen wir «Gut und Böse» wieder beim Namen.

Die Achtung vor dem Menschen ist heute die Definition des Guten: Kein Mensch, keine Gruppe darf als Instrument im Dienste der Macht und des Vergnügens betrachtet werden.

Das Böse ist die Beherrschung des Menschen durch den Menschen: seine Verwandlung in ein Objekt oder in dessen «finanziellen Gegenwert».

2.5. Überwinden wir die einschläfernde Resignation!

Erinnern wir uns an diesen Satz von Alexis de Tocqueville: „Unsere Zeitgenossen werden zwischen zwei feindlichen Leidenschaften hin und her gerissen: Sie verspüren das Bedürfnis, geführt zu werden und die Lust frei zu bleiben (...). Sie trösten sich über die Bevormundung hinweg im Glauben, ihren Vormund selbst gewählt zu haben (...). In diesem System lösen sich die Bürger einen Moment aus ihrer Abhängigkeit, um ihren Herrn zu bezeichnen, und begeben sich dann wieder in sie zurück (...)“.

Hören wir auf, uns einzuschläfern, indem wir uns weismachen, die Schweiz sei arm! Das war einmal so ...

Heute haben wir die Mittel, Zuversicht aufzubauen ... für alle.

Die Schweizerische Vereinigung für Sozialpolitik kann ein bescheidenes Instrument für die Diskussion und zur Anregung im Dienste dieser grossen Anliegen sein.

Jean-Pierre Fragnière, Vize-Präsident

D. Welfare state and efficiency: a contradiction?

Abstract des Referats vom 28. August 2006, Kornhausforum Bern

Der Sozialstaat ist unter den Industriestaaten der OECD kein Auslaufmodell. Das Modell ist weder am Zusammenbrechen noch sind "wirtschaftliche Effizienz" und "sozialer Ausgleich" unüberwindbare Gegensätze. Die Erfahrungen der OECD seit 1980 zeigen keine negativen Auswirkungen der stärkeren steuerfinanzierten Transferleistungen auf das Bruttosozialprodukt.

Das "*Fünfer und Weggli-Prinzip*" des Sozialstaats lässt sich durch die Sozialstaatsentwicklung leicht erklären. Beim Versuch, die Grenze der wirtschaftlichen Effizienz zwischen Staat und Wirtschaft zu ziehen, wurden beidseits des Atlantiks Fehler begangen. Die hauptsächlichen Fehler Westeuropas bezogen sich auf einen übertriebenen Schutz der Produkt- und Arbeitsmärkte – nicht jedoch auf

den Sozialstaat. In Amerika konzentrierten sich die Fehler eher auf die Entwicklung der Krankenversicherung, die unzureichende Förderung der Karrieren von Müttern und die mangelhafte steuerliche Belastung der Genussmittel und Luxusgüter (Tabak, Alkohol und Treibstoffe). Beide Seiten haben jedoch ähnliche und richtige, steuerunterstützte Ansätze bei der schulischen Grundbildung gewählt.

Die Befürchtung ist weit verbreitet, dass die zunehmende Alterung der Bevölkerung die wirtschaftliche Effizienz des Sozialstaats in diesem Jahrhundert zusammenbrechen lassen wird. Erfahrungen aus den 80er und 90er Jahren des letzten Jahrhunderts liefern Hinweise, wie die Staatsbudgets sich den sich ändernden Altersstrukturen anpassen können. Umlagefinanzierte Altersversicherungssysteme³ ("Pay-as-you-go"-Programme), sind ebenso sicher – mit gewissen Anpassungen – wie kapitaldeckungsfinanzierte Systeme⁴. Die umlagefinanzierten Systeme haben sich historisch gesehen als gleich dauerhaft erwiesen wie die "reformierten" oder "privatisierten" Systeme (Anmerkung des Übersetzers: nach dem Kapitaldeckungsprinzip finanzierte Systeme) gemäss den Erfahrungen in Grossbritannien, Chile und den Vereinigten Staaten von Amerika.

"Unglücklicherweise wird die Diskussion des 'Europäischen Modells' oft schwammig geführt und begünstigt letztendlich den politischen Kompromiss zugunsten der privilegierten Insider. Europa muss das amerikanische Modell nicht übernehmen; es kann durchaus etwas ganz Anderes entwickeln, wie zum Beispiel *ein System effizienter, sich konkurrenzierender Märkte, die mit breiten und effizienten wirtschaftlichen Umverteilungsprogrammen und sozialem Schutz gekoppelt sind*. Die nördlichen europäischen Staaten bewegen sich bereits in diese Richtung, die grossen europäischen Staaten (Frankreich, Deutschland, Italien und Spanien) haben aber noch einen langen Weg vor sich."

Alberto Alesina, Harvard University

(Kursivschrift durch Peter H. Lindert hinzugefügt)

Peter H. Lindert, University of California - Davis

E. Aktivitäten der SVSP im Jahr 2006

1. Veranstaltungen

Nebst der gut besuchten **Jubiläumsveranstaltung vom 28. August 2006 in Bern** hat sich die SVSP in verschiedenen weiteren Veranstaltungen mit Fragen zur sozialen Sicherheit auseinandergesetzt. Die Resonanz in Öffentlichkeit und Fachwelt war durchwegs erfreulich. Bedeutsam ist, dass an den Veranstaltungen auch zahlreiche Mitglieder teilgenommen haben und so ihre Verbundenheit mit den Anliegen der sozialen Sicherheit manifestiert haben.

Ein besonderer Dank gebührt den Unternehmen Raiffeisen; Migros Kulturprozent; Interface, Institut für Politikstudien; Netflyer; Die Mobiliar Versicherungen & Vorsorge sowie Stadt und Kanton Bern für die grosszügige Unterstützung anlässlich der Jubiläumsveranstaltung.

³ Anmerkung des Übersetzers: Wie z.B. in der Schweiz die AHV (1. Säule).

⁴ Anmerkung des Übersetzers: Wie in der Schweiz die Leistungen der Beruflichen Vorsorge (2. Säule).

1.1. 5. IVG-Revision und interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ): Chancen und Risiken für die Sozialhilfe

Nationale Tagung vom 23. März 2006 in Fribourg, zusammen mit der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) und der Association romande et tessinoise des institutions d'action sociale (ARTIAS)

Früherfassen und eingliedern – diese Ziele verfolgt die Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ). An der Tagung wurden aktuelle Projekte vorgestellt und die Rolle der Sozialhilfe diskutiert.

Die Referate der Tagung können unter <http://www.skos.ch/de/?page=schwerpunkte/referate/> abgerufen werden.

1.2. Integrierte Gesundheitssysteme: Potential und Grenzen (6. Zürcher Geriatrieforum Waid), mit Generalversammlung der SVSP am 15. Juni 2006 in Zürich, zusammen mit dem Gesundheits- und Umweltdepartement der Stadt Zürich, dem Universitären Institut Alter und Generationen (INAG) und der Schweizerischen Fachgesellschaft für Geriatrie (SFGG).

Am 6. Zürcher Geriatrieforum ist mit der Frage der "Integrated Care" ein wichtiges Thema für die Weiterentwicklung des Gesundheitswesens aufgegriffen worden.

Rückblick und Erkenntnisse aus der Veranstaltung

Dass die integrierte Gesundheitsversorgung nicht nur in der Stadt Zürich höchst aktuell ist, sondern auch in anderen Städten und Ländern darüber nachgedacht und damit experimentiert wird, zeigt das europäische Forschungsprojekt **PROCARE**. Dieses wurde am 6. Geriatrieforum von **Kai Leichsenring** vom Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung in Wien vorgestellt. Im Rahmen des PROCARE-Projektes wurde in neun EU-Mitgliedstaaten systematisch untersucht, welche politischen, organisatorischen und methodischen Strategien entwickelt wurden, um sich den Problemen der Koordination und Integration von Sozial- und Gesundheitssystemen zu stellen. Leichsenring zeigte in seinem Referat auf, wie Unterschiede in nationaler Gesetzgebung und Pflegepolitik sowie eine unterschiedliche Gewichtung von Methoden und Instrumenten zu verschiedenen Lösungen führten. Ein Ziel von PROCARE war es, anhand der untersuchten Projekte Chancen beziehungsweise Risiken in Bezug auf Effizienz, Qualität, Nutzerfreundlichkeit und nachhaltige Finanzierbarkeit aufzuzeigen.

Eines der im Rahmen von PROCARE untersuchten Projekte ist das dänische **Skaevinge-Projekt**, dessen Begründerin, **Lis Wagner**, ebenfalls als Referentin eingeladen wurde. Ziel dieses Projektes war es, allen Einwohnerinnen und Einwohnern des 5000-Seelen-Ortes Skaevinge die gleiche Gesundheitsversorgung zukommen zu lassen, unabhängig davon, ob jemand in einem Heim oder zu Hause wohnt. Gleichzeitig sollten Prävention und Empowerment eine zentrale Rolle spielen, um die Selbstständigkeit der älteren Menschen zu fördern. Dies alles sollte das Skaevinge-Projekt erreichen, ohne die Gesundheitskosten in die Höhe zu treiben. Das Projekt leitete einen intensiven Änderungsprozess ein, der von allen Betroffenen ein Umdenken erforderte. Eine zentrale Rolle spielte dabei die Umwandlung des lokalen Pflegeheims in private Wohneinheiten und ein Spitex-Zentrum, das eine Betreuung rund um die Uhr anbietet. Wie eine Evaluation zehn Jahre nach der definitiven Einführung des neuen Konzeptes zeigte, wurde das Skaevinge-Projekt für alle Betroffenen ein Erfolg. Der allgemeine Gesundheitszustand der älteren Bevölkerung verbesserte sich, die Arztbesuche und Spitalaufenthalte gingen zurück und das Gesundheitspersonal war zufriedener mit seiner Arbeit. Skaevinge hat inzwischen weltweite Bekanntheit erreicht und Lis Wagners Begeisterung für ihr Projekt war, mehr als 20 Jahre nach Projektbeginn, noch deutlich spürbar.

Aus den **Niederlanden** berichtete **Kees Theeuwes**, Geriater in einem Pflegeheim in Breda. Das in den Niederlanden zur Bestimmung des individuellen Unterstützungs- und Pflegebedarfs eingesetzte Case Management gilt in Fachkreisen als ein wirkungsvolles Instrument einer integrierten Gesundheitsversorgung. Dass dessen Einsatz nicht automatisch zu einem perfekt funktionierenden Geriaternetz führt, wurde unter anderem aus Theeuwes' Referat deutlich. Eine Schwachstelle des niederländischen Systems manifestiert sich nämlich in einer vielerorts unzureichenden Zusammenarbeit von Hausärztinnen, Geriatern und Spitalern. So geschieht es regelmässig, dass jemand ins Pflegeheim eintritt, ohne dass vorher eine sorgfältige geriatrische Abklärung stattgefunden hat. So verpassen manche Menschen die Chance, ihre Selbstständigkeit wieder zu erlangen, während gleichzeitig die Kosten für die Langzeitpflege steigen.

Eine wichtige Ergänzung zu diesen drei Berichten aus der europäischen Praxis stellte das Referat von **Frank Schulz-Nieswandt**, Professor für Sozialpolitik an der Universität Köln, dar. Er ist nebst seiner breit gefächerten wissenschaftlichen Tätigkeit Vorsitzender der Gesellschaft für sozialen Fortschritt, die das deutsche Pendant zur SVSP darstellt und nebst der Organisation von Tagungen die viel beachtete Publikation "Sozialer Fortschritt" herausgibt (näheres zur Organisation: www.sozialerfortschritt.de). Trotz seiner Komplexität, die sich zum Teil auch in den gezeigten Folien niederschlug, war das Referat von Schulz-Nieswandt einer der Höhepunkte des 6. Geriatrieforums. Wie bereits sein Titel („Der Wille zur Integrationsversorgung: kulturelle Barrieren und ethische Notwendigkeiten“) verrät, illustrierte das Referat die Notwendigkeit der Entwicklung integrierter Versorgungsstrukturen.

Angesichts der Alterung der Gesellschaft plädiert Schulz-Nieswandt für altersgerechte Versorgungslandschaften, welche eine ganzheitliche Betreuung gewährleisten. Solche integrierten Gesundheitssysteme verlangen unter anderem eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Weit schwieriger ist jedoch die Überwindung kultureller Barrieren. Diese zeigen sich in einer mangelnden Bereitschaft zur Kooperation zwischen den betroffenen Akteuren aus Medizin, Pflege, Sozialarbeit, Verwaltung usw. und sind auf „... die identitätssichernden Selbst-Konzepte der Professionen, ihre segmentierten Funktionsräume, ihre sektoralen Domänen und ihre zum Teil geschlechtsspezifischen kulturellen Codes“ zurückzuführen. Die Quintessenz der Ausführungen von Schulz-Nieswandt: integrierte Gesundheitssysteme sind zwar dringend nötig, der Weg dahin ist jedoch voller Hindernisse.

Die Tagungsdokumentation kann von der Webseite der SVSP (www.svsp.ch – Themen/Dokumente anklicken) heruntergeladen werden.

1.3. Wohlstand durch Gerechtigkeit: Fragezeichen oder Ausrufezeichen?

Vorabendveranstaltung vom 27. November 2006 in Luzern, zusammen mit der Fachhochschule Zentralschweiz, mit der Hochschule für Wirtschaft (HSW) und der Hochschule für Soziale Arbeit (HSA) und dem Nachdiplomstudiengang Sozialversicherungsmanagement NDS SVM an der HSW.

Hauptreferent dieser Veranstaltung, die das Jubiläumsjahr abschloss, war Michael Opielka, Professor für Sozialpolitik, Jena, ein Kenner der europäischen Sozialpolitik.

Seit bald 20 Jahren wachsen die Sozialausgaben unaufhörlich und trotzdem bleiben immer mehr Menschen vom gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erfolg ausgeschlossen. Michael Opielka, gab Antworten auf die sich dadurch neu stellenden Fragen zur sozialen Sicherheit und zur sozialen Gerechtigkeit. Aus seiner Sicht ist die Leistungskraft und Modellhaftigkeit des Schweizer Sozialstaates bemerkenswert. Aber auch in der Schweiz werden in zahlreichen aktuellen Diskussionen angeblich ökonomisch notwendige Abbauszenarien herbeigeredet. Welches sind nun aber die aktuellen Handlungsmöglichkeiten nationaler Sozialpolitik? Hat die Schweiz als nicht – EU – Mit-

glied Vor- oder Nachteile zu gewärtigen? Wie globalisierungsresistent kann ein Sozialstaat überhaupt sein?

Michael Opielka hat dargestellt, dass in der Gegenwart die Wohlfahrtsstaaten untereinander in einen Wettbewerb getreten sind, zurzeit vor allem mit der Gefahr, sich gegenseitig zu unterbieten. Auf der sozialpolitischen Bildfläche treten neu neben den bisherigen, national begrenzten Akteuren – wie Gewerkschaften, Unternehmensverbänden und ihren gemeinschaftlichen Verhandlungsstrukturen – Akteure wie der Weltwährungs-Fonds (IWF), die Weltbank, die Welthandlungsorganisation (WTO), UNO-Organisationen wie die ILO oder die WHO, aber auch NGO wie ATTAC und offene Netzwerke wie das Weltsozialforum in Porto Allegre auf. Es ist geradezu ein globaler Diskurs über die "beste Sozialpolitik" entstanden. Der Referent hat als Beispiel dafür den Kampf um die Ausrichtung der Rentensysteme in den postkommunistischen Ländern erwähnt. Es stehen dabei grundsätzliche ethische Fragen auf der Tagesordnung wie diejenige, ob sich Sozialpolitik eher an sozialen Grundrechten oder an einer Individualisierung der Verantwortung orientieren soll.

Der Referent hat sich ausführlich den verschiedenen Typen der Wohlfahrtsregimes gewidmet und dabei das von ihm wesentlich mitgeprägte "garantistische Regime" vorgestellt.⁵

Die Präsentations-Folien des Referenten können von der Webseite der SVSP (www.svsp.ch - Themen/Dokumente anklicken) heruntergeladen werden.

2. Buchpublikation

Die Fähigkeit zur Existenzsicherung und zur Vorsorge unterscheidet sich für die einzelnen Menschen aufgrund des sozialen Wandels zunehmend. Insbesondere für Menschen mit niedrigen Einkommen und langen Unterbrüchen in der Erwerbstätigkeit ist sie heutzutage sehr eingeschränkt. Für diese Menschen ist es schwierig, ihre Eigenverantwortung mit Erfolg wahrzunehmen.

Unter dem Patronat der SVSP ist im Jubiläumsjahr das Buch «**Wohlstand durch Gerechtigkeit, Deutschland und die Schweiz im sozialpolitischen Vergleich**»; Erwin Carigiet, Ueli Mäder, Michael Opielka, Frank Schulz-Nieswandt (Hrsg.); Zürich: Rotpunktverlag, entstanden.

Vielleicht bei keinem sozialpolitischen Thema sind die Kontroversen so alt und scharf wie bei der Frage, ob die Erwerbs- beziehungsweise Lohnarbeit, ob also der Arbeitnehmerstatus oder ob der Bürgerstatus sozialpolitische Rechte und Pflichten leiten sollte. Ihrer Tradition folgend, den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis zu fördern, hat die SVSP die Herausgabe des Buchs initiiert.

Das Werk fasst die wichtigsten Forschungsarbeiten zu diesen Themen zusammen und baut auf einer Tagung auf, die wir gemeinsam mit unserer (noch ein paar Jahre älteren, aber den gleichen Eltern entstammenden) deutschen Schwesterorganisation, der **Gesellschaft für Sozialen Fortschritt** an der Universität Basel durchgeführt haben. Die Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinweg hat sich als fruchtbar und anregend erwiesen. Von einander lernen und mit einander Ideen zu diskutieren, soll, so hoffe ich, auch in Zukunft ein Teil der Aktivitäten der SVSP sein. Das Werk ist in verschiedenen Publikationen besprochen und durchaus wohlwollend rezensiert worden. Der Vorstand der SVSP ist überzeugt, dass Sie das Werk ebenfalls anspricht.⁶

⁵ Vergleiche Michael Opielka, Sozialpolitik, Grundlagen und vergleichende Perspektiven, Reinbek: Rowohlt 2004.

⁶ Für SVSP-Mitglieder ist das Buch zum Sonderpreis von Fr. 30.-- inkl. Porto und Verpackung über die Geschäftsstelle erhältlich.

3. Weitere Aktivitäten

2006 hat das **Schweizerische Sozialarchiv "100 Jahre soziales Wissen"** feiern dürfen. Der Präsident der SVSP hat an der Jubiläumspodiums-Diskussion vom 28. Juni 2006 zum Thema "Von der Sozialen Frage zu den aktuellen sozialen Problemen: Wahrnehmungen – Konflikte – Lösungen" in Zürich teilgenommen.

Mit dem Schweizerischen Sozialarchiv ist die SVSP in besonderer Weise verbunden. Das Archiv der SVSP, welches vom Schweizerischen Sozialarchiv betreut wird, enthält umfangreiche Materialien der Vorläufer-Organisationen sowie mehrerer, in den Bereichen Arbeiterschutz und Sozialpolitik international aktiver Vereinigungen. Diese Bestände sind von besonderem Interesse, da die Schweiz um die Wende zum 20. Jahrhundert als Kristallisationspunkt der internationalen Sozialpolitik angesehen werden kann und die internationalen Entwicklungen wesentlich mitprägte. Die Akten der Schweizerischen Vereinigung für Sozialpolitik waren bis 1962 bei der Sektion für Arbeitslosenversicherung des damaligen Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) eingelagert. Sie sind 1987 dem Schweizerischen Sozialarchiv übergeben worden und archivarisch im darauf folgenden Jahrzehnt erschlossen worden.

Erwin Carigiet, Präsident

Zürich/Bern, März 2007